

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

Menschenvergeudung

Von Ethelbert Stewart, Washington,
Vorsteher des arbeitsstatistischen Amtes der Vereinigten Staaten.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter aller Länder hat als Ursache die Tatsache, daß die Arbeiter wünschen, als ein Teil und nicht als Zubehör der Gesellschaft betrachtet zu werden. Die nächst größte Ursache ihrer Unzufriedenheit ist das Gefühl, daß ihre Arbeit und Anstrengung verpölpelt, ihr Leben und ihre Kraft verbraucht werden in unvernünftiger und unnötig harter Fron.

Einer der früheren amerikanischen Philosophen meinte, kein Mensch könne durch irgendwelchen Lohn dazu bewegt werden, Backsteine von einer Seite der Straße auf die andere, dann zurück und wieder zurück zu schaffen. Ein Kollege des Philosophen behauptete aber, daß er irre und daß er ihm einen Menschen beschaffen wolle, der die Arbeit zu einem erträglichen Lohn machen werde. Das Angebot wurde angenommen. Ein minderwertiger Jbiot wurde gebracht, der sich bereit erklärte, die zwecklose Arbeit zu verrichten. Der Urheber des Gedankens indessen erklärte: "Ich sagte, kein Mensch werde dafür zu bekommen sein; dieser Bursche da bleibt weit hinter dem zurück, was ich und Sie uns vorstellen, wenn wir Mensch sagen."

Vergeudung durch Verwendung billiger Arbeitskräfte.

Jeder von uns war zu der Zeit, wo Gräben noch mit Hand gegraben wurden, ohne weiteres bereit, eine Schaufel zu nehmen und einen Graben zum Entwässern eines Acker oder eines Weges auszuwerfen, wenn ein solcher Graben notwendig war. Heute aber, wo die Dampfschaufel vorhanden ist, würde keiner von uns für irgendeinen Lohn in einen solchen Graben gehen, und besonders dann nicht, wenn für diese Arbeit der denkbar niedrigste Lohn für die denkbar längste Arbeitszeit gezahlt würde.

Der Krieg und die Lohnsätze, welche sich bei gewöhnlichen Arbeiter während und nach dem Kriege hat sichern können, haben unsere Ansichten über das, was Menschenvergeudung bedeutet, gründlich geändert. Früher waren die Unternehmer nur dann arbeitsparende Maschinen besorgt, wenn sie hoch im Preise stehende Arbeit ersetzten oder verringerten. Als der Schriftsetzerverband sich einen Lohn sicherte, der seinerzeit Bestürzung und bei den Unternehmern Schreden zeitigte, beilehnten sich die Erfinder, eine Sezmachine hervorzubringen. Eigentlich war schon eine 1840 erfundene worden; aber damals hatten die Schriftsetzerlöhne noch nicht jenen Punkt erreicht, wo die Maschine bei dem Unternehmertum irgendwelches Verständnis finden konnte. Erst 1890 dachten sie etwas anders darüber. Als der Bergarbeiterverband die Bedingungen soweit gebracht hatte, daß der Bergmann genug zum Leben und noch ein wenig mehr hatte, entstand ein sehr starkes Verlangen nach Fördermaschinen, und sie wurde sehr allgemein eingeführt. Als die Untertagearbeiter ein Teil von dem Bergarbeiterverband und von dessen Lohnsatz wurden, machte das Grubenpferd und sein Treiber als auch der kleine Schufarren, worin die Kohle von der Arbeitsstelle zur Schachtöffnung gefahrt wurde, der elektrischen Fördermaschine Platz.

Der Lohnsatz des gewöhnlichen Arbeiters hat die letzten sechs Jahre die Aufmerksamkeit der Erfinder wie der Fabrikdirektoren auf die Entdeckung von Mitteln und Wegen gelenkt, womit sich bessere Ergebnisse aus der Arbeit des ungelerten Mannes erreichen lassen. Bis vor sechs Jahren ward die Maderei den Tagelöhnern überlassen, weil sie reichlich vorhanden und billig waren. Jetzt aber sind wir dahin gekommen, daß mechanische Einrichtungen getroffen werden müssen. Wir müssen maschinelle Hilfsmittel erfinden, um die Arbeiten zu verrichten, die von keinem Menschen erwartet werden dürfen und die von keinem Menschen getan werden können, ohne sich dabei als Kulturmenschen zu entwickeln.

Weil jene, die wir "Böhm" und "Polad" zu nennen lieben, für 22 1/2 Cent die Stunde für zwölf Stunden des Tages beschafft werden konnten, wurden sie dazu verwendet, Massen vom Hausen im Hof hereinzutragen. Heute hebt ein magnetischer Kran eine Tonne dieser Massen durch die geheimnisvolle Kraft des Magnetismus und schwingt sie dorthin, wo sie gebraucht werden. Ein einziger dieser Krane verrichtet heute die Arbeit von 60 jener Leute, die früher die Massen auf ihren Achseln schleppten. Der "Böhm" und der "Polad", denen heute 4 Dollar für achtstündige Arbeit gezahlt wird, sind an eine Arbeit gestellt, die diese Bezahlung wert ist und die etwas Geist verlangt, der sie instand setzt, Achtung vor sich selbst zu haben und Kulturmenschen zu werden.

Vergeudung durch Unbeschäftigsein und Stellenwechsel.

Die meisten von uns sind zu weit von der wirklichen Tagewelt entfernt, um das alltägliche Trauerspiel der menschlichen Vergeudung schätzen zu können. Häufig und wörtlich kommen wir immer mehr dazu, den Stimmen der Luft als dem Gedröhne der Erde zu lauschen. Unsere Ohren sind nicht mehr auf dem Boden; wir werden verrückt durch unser Telefon und Radio. Kein Mensch scheint sich sonderlich darum zu kümmern, daß beispielsweise die 700 000 Arbeiter unseres Bergbaues mehr als die Hälfte der Zeit untätig sind. Wir würdigen nicht das menschliche Trauerspiel, das darin liegt, daß wenn ein Viertel der besseren Kohlenbergwerke 306 Tage im Jahr im Betriebe wären und sechs Zehntel der jetzt im Bergbau tätigen Leute beschäftigten, dieses Viertel der Bechen alle die Kohlen fördern könnte, die wir verbrauchen oder ausführen. Mit andern Worten, im Bergbau sind durchschnittlich 250 000 Leute dazu verdammt, alle Zeit außer Arbeit zu sein. Das bedeutet, daß die Arbeitskraft von einem

Drittel der 700 000 Menschen alle Zeit vergeudet wird.

Eine Betrachtung der Lohnlisten der verarbeitenden Industrien, die 11 Millionen unserer Bevölkerung beschäftigen, zeigt, daß die Schwankungen im Beschäftigungsgrad einen Verlust ausbrüden, der einem völligen Unbeschäftigsein von 1,5 bis 1,75 Millionen Menschen gleichkommt. Natürlich soll damit nicht gesagt sein, es sei ein jeder dieser Menge die zwölf Monate im Jahre außer Arbeit, wohl aber, daß im Durchschnitt die Gesamtmenge der Beschäftigungslosigkeit oder der geringe Teil des Vollbeschäftigten der verschiedenen Gewerbe gleichzusetzen ist der vollen Arbeitslosigkeit von 1,75 Millionen Menschen. Diese Vergeudung verteilt sich natürlich auf 11 Millionen Arbeiter.

In diese Verlustrechnung sind weder die vielen Fälle kurzfristiger Arbeitslosigkeit von zwei oder drei Tagen mit eingerechnet, noch die ungeheuren Zeitverluste, die durch Krankheit und Unfälle verursacht werden, wovon ein großer Teil verhütet werden kann, noch sind die Verluste durch Stellenwechsel in Betracht gezogen.

Nebenbei sei bemerkt, daß der Stellenwechsel in der Industrie in hohem Maße, jedoch nicht ganz auf die ungelerten und halbgelernten Arbeiter fällt. Der Stellenwechsel in die Gesamtsumme der persönlichen Arbeitsniederlegungen von meist unorganisierten Leuten - Arbeitsniederlegungen wegen einer Bezahlung, die unzulänglich betrachtet wird, oder wegen Arbeitsbedingungen, die unerträglich gehalten werden. Praktisch könnte aller Stellenwechsel dadurch unterbunden werden, daß man die Arbeitsbedingungen menschenwürdig macht und sich müht, die Arbeiter kennen zu lernen. Nach einer niedrigen Schätzung beträgt der Durchschnitt der Stellenwechsel in der Gesamtindustrie (Nordamerikas) 30 v. H. Dies bedeutet, daß wahrheitsgemäß 3 1/2 Millionen Leute durchschnittlich einmal im Jahre ihren Arbeitsplatz wechseln. Der Zeitverlust zwischen der alten und der neuen Stelle beträgt durchschnittlich zwei Wochen. Die meisten von diesen 7 Millionen Wochen verlorene Zeit ist vermeidbar und nichts als reine Menschenvergeudung. Natürlich ein sehr großer Teil von denen, die an dem Stellenwechsel beteiligt sind, ändern die Plätze zweimal, dreimal, viermal, zuweilen zehnmal im Jahr. Dies vermindert zwar die Zahl der tatsächlich am Stellenwechsel Beteiligten, ändert jedoch nicht die Masse der Vergeudung in der Industrie.

Vergeudung durch Müßiggang der Betriebe.

Der Unterschied zwischen dem leistungsfähigen und dem nicht leistungsfähigen Betrieb weist eine andere Art von Vergeudung auf. Wenn die Baumwollspinnereien in Alabama so leistungsfähig wären wie die in New York, 10 514 Leute anstatt der 13 697 hätten in 1914 die Textilwaren Alabamas erzeugt, und 38 000 anstatt der 53 000 hätten in Nordcarolina gerüht.

Wir haben Schuhfabriken, wo ein Arbeiter den Tag zwei Paar Schuhe fertigt, und wir haben Schuhfabriken, wo auf einen Mann den Tag zwölf Paar Schuhe kommen. Wir haben Sägemühlen, wo auf einen Mann die Stunde 15 Fuß Bretter kommen, und wir haben Sägemühlen, wo die Fördermenge eines Mannes 323 Fuß die Stunde beträgt. Wenn alle Sägemühlen der Vereinigten Staaten nur so leistungsfähig wären, wie der Durchschnitt der heutigen Sägemühlen, weniger als die Hälfte der zurzeit in dieser Industrie beschäftigten Leute genügt, die gesamte Fördermenge zu erzeugen. Wenn aber die höchste der jetzigen Leistungsfähigkeit - 323 Fuß je Mann und Stunde - allen Betrieben eingebracht wäre, könnten 45 000 Mann die Arbeit verrichten, wozu jetzt 292 000 nötig sind.

In Chicago wird eine Backsteinmaschine stündlich 49 000 Steine heraus. Wenn alle Ziegelhütten so leistungsfähig wären wie die beste in Chicago, die Industrie könnte acht Zehntel ihrer Leute entlassen, damit sie in anderen Gewerben nützliche Verwendung finden. Nehmen wir als Beispiel zwei Ziegelhütten. Hütte A braucht 13 1/2 Stunden von einem Mannes Zeit für je 1000 Steine, während Hütte B bloß 3,9 Stunden von einem Mannes Zeit für die nämliche Menge Steine braucht. Die Hütte A zahlt ihren Leuten, deren Zeit so vergeudet wird, durchschnittlich 17 Cent die Stunde, Hütte B aber zahlt 79 Cent die Stunde. Die meisten der Ziegelhütten hängen heute noch an einer Arbeitsweise, die in Ägypten zur Zeit Moses die jüdischen Sklaven zu dem großen Backsteinhüttenstreit trieb, eine Arbeitsweise, die die ägyptischen Backsteinfabrikanten als eine Unzulänglichkeit betrachteten, da die Plätze der Streikenden von Streikbrechern eingenommen wurden - wenn sich überhaupt jemand dafür gefunden hat.

Die meisten der erfolgreichen Verjuche, die Menschenvergeudung zu unterbinden, sind durchgeföhrt worden einerseits durch eine einfache Umordnung von Maschinen, andererseits durch selbsttätige Beförderungsrichtungen. Ein Automobilwerk, das einst bekannt machte, seine Arbeitskräfte mühten von ihrem Eintritt in die Fabrik bis zu ihrer Fertigstellung 3 1/2 Meilen Weg durchlaufen, hat in den letzten sechs Monaten ihre Förderanlage umgeordnet, daß die Arbeitskräfte bloß noch 50 Fuß zu reifen brauchen. In der Erzeugung von Roheisen haben wir Hochöfen, wo die Tonne Roheisen 1 Stunde 12 Minuten von einem Mannes Zeit kostet; wir haben andere Hochöfen, wo zur Erzielung des nämlichen Ergebnisses 11 Stunden von einem Mannes Zeit nötig sind.

Es kann von einer wirklichen Unzulänglichkeit der Arbeit nicht gesprochen werden, solange verschiedene Werke einer Industrie fünfmal mehr Leute brauchen, als vernünftigerweise nötig sind. Es ist weit besser, die Vergeudung zu beseitigen, als die Tore der Einwanderung zu öffnen und das Land mit mehr Menschen zum Vergeuden zu überschwemmen.

Vom Tarifvertrag in der Metallindustrie

Kollege W. Eggert, der nun sein Amt als Sekretär des ADGB in Berlin angetreten hat, schreibt uns:

Über die Bedeutung des allgemeinen Arbeitsvertrages gingen zu Anfang der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Meinungen weit auseinander. Die einen sahen in ihm ein Mittel zur nachhaltigen Besserstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wiewohl ihm hervorragenden Einfluß auf die Entwicklung des sozialen Rechts an - einen schlappen, die Gegenläufe zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft verschleiernden Gezellen nannten ihn die andern. Jene behaupteten, er werde im Streben der Arbeiterschaft nach vorwärts und aufwärts eine wichtige Grundlage werden, diese hingegen meinten, er werde den Kampfgeist der Gewerkschaften maulen, die Arbeiterschaft um die letzten und besten Früchte betrügen.

Diesem Meinungsstreite machte das Erstarken der freien Gewerkschaften ein Ende. Wie die natürlichste Sache der Welt, drängte sich der von den Gewerkschaften getragene Tarifgedanke in den Vordergrund und höchste Verwirklichung. Auf dem Metallarbeiterverbandstag 1903 zu Berlin ist über Wesen und Bedeutung des Tarifvertrages Klarheit geschaffen und beschlossen worden, Tarifverträge mit der nötigen Vorsicht und den erforderlichen Voraussetzungen anzustreben. So erklärt sich die Tatsache, daß in den Satzungen unseres Verbandes bis zum Jahre 1903 als Aufgaben und Ziele der Bewegung nichts vom Tarifvertrag enthalten ist. Erst nach den Beschlüssen des Verbandstages 1903 ist im Statut festgelegt worden, daß der Verband "die Regelung der Arbeitszeit und Entlohnung durch kollektive Arbeitsverträge" anstreben habe.

Dem Streben nach Abschluß von Tarifverträgen setzte das Unternehmertum allen Widerstand entgegen. Besonders der Verband deutscher Metallindustrieller hatte an diesem Widerstand entscheidenden Anteil. Die Auseinandersetzungen mit ihm über den Tarifvertrag wurden stets und mit Vorliebe in das Gebiet der Metallindustrie hinausgeleitet. Hier in der Metallindustrie, so sagten die Unternehmer, wo Hochöfen und Walzwerke, Maschinenbau und Eisenkonstruktion, Groß- und Kleinindustrie neben- und miteinander arbeiten, könne der Tarifvertrag keine Stätte haben. Die Verschleidenheiten der Verhältnisse in der Metallindustrie seien so groß, daß sie mittels Tarifverträgen, die verallgemeinern würden, nicht geregelt werden könnten.

Gewiß, eine leichte Sache war es nicht. Aber wann haben je technische Schwierigkeiten, besonders in der hochentwickelten Metallindustrie für unüberwindlich gegolten? In Wahrheit handelte es sich nicht um diese Schwierigkeiten, sondern um einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt der Unternehmer, einen wohlorganisierten Widerstand gegen den Tarifvertrag überhaupt. Bis in die Kriegsjahre hinein hatte der Verband deutscher Metallindustrieller seine Unterverbände, und diese wiederum ihre Mitgliedsfirmen durch Beschlüsse und Statuten verpflichtet, gegen den Abschluß von Tarifverträgen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln "anzukämpfen". Verstöße gegen diese Bestimmung waren mit hohen Geldstrafen und dem Ausschluss aus den Arbeitgeberverbänden bedroht. Erst die Novembertage von 1918 räumten endgültig mit diesem Stand auf. Während schon in der Vorbereitungszeit das graphische Gewerbe, die Leder- und Holzindustrie, das ganze Baugewerbe und eine Reihe anderer Industriezweige Tarifverträge mit den zuständigen Arbeitgeberverbänden abgeschlossen hatten, bemühten sich die Metallindustriellen peinlich, das Wort "Tarifvertrag" zu vermeiden. Die Ergebnisse gegenseitiger Verhandlungen nannten sie Vereinbarungen, Abkommen und zuletzt "Schlußprotokolle". Wenn trotzdem in den Jahren von 1903 bis 1914 die Zahl der Tarife in der Metallindustrie von 32 auf 1145 gestiegen war, wozu letztere 14 000 Betriebe mit 130 000 Personen umfaßten, so ist das ein Beweis für die Macht des Tarifgedankens und der erfolgreichen Anstrengungen unseres Verbandes. Hat sich die Zahl der Tarifverträge in der Nachkriegszeit kaum wesentlich verändert, so doch die Zahl der Betriebe und Personen, die nunmehr in den Verträgen einbezogen sind. Die Zahl der Tarifverträge in der Metallindustrie betrug Ende 1922 1146, die sich auf 33 658 Betriebe mit 2 500 000 Personen erstreckten.

Ein Blick in diese Abkommen läßt zwar die Dürftigkeit, das Jugendliche noch deutlich erkennen, aber auch ihre Anpassungsfähigkeit an die Eigenart der vielverästelten Metallindustrie. Man sollte annehmen, daß der unter so schwierigen Umständen durchgerungene Tarifvertrag im Laufe der Jahre Gemeingut geworden wäre. Wer das angenommen hätte, wäre durch Vorgänge im Unternehmertum eines andern belehrt worden. Seine alte innere Gegnerin droht in letzter Zeit durchzubringen. Verschiedene Arbeitgeberverbände haben sich für tarifunfähig erklärt; sie lehnen Verhandlungen über Erneuerung der Tarifverträge mit den Gewerkschaften und Schlichtungsstellen ab. Sie wollen, wie früher, schrankenlos walten und an Stelle des Tarifvertrages den einzelnen "Wertvertrag" erzwingen. Dieser Wertvertrag ist nichts anderes wie die frühere Regelung des Arbeitsverhältnisses. Sie gab die Möglichkeit, mit dem einzelnen Arbeiter nach Gutdünken zu verfahren. Stundenlohn und Stückpreise, Arbeitszeit und Überstunden - von Ferien und anderen Dingen ganz zu schweigen - wurden vom Unternehmertum meist selbstherrlich festgesetzt. Oft erfuhr der Arbeiter erst am Tag der "Höhe" des Stundenlohnes oder den Stückpreis. Nur in Betrieben mit gut organisierter Arbeiterschaft stand es um einiges besser. Im allgemeinen jedoch herrschte der Machtbündel des Fabrikherrn und seiner Beauftragten. Dieser Will-

für stand der Arbeiter widerstandslos gegenüber als heute unterm Schutze der von den Gewerkschaften abgeschlossenen Verträge. Die gewerkschaftliche Regelung verleiht leider viele Arbeiter zur Sorglosigkeit. Sie glauben, da sich die Gewerkschaft und die Vertrauensleute um den Tarifvertrag kümmern, sei für sie nichts mehr zu tun übrig. Das ist falsch. Jeder einzelne Arbeiter sollte sich mit dem Wesen des Tarifvertrages, mit seinem Inhalt und seiner Bedeutung sorgfältig vertraut machen. Solange dies nicht geschieht, liegt hier eine Gefahrenquelle, die aber durch Aufklärung beseitigt werden muß.

Freilich sind die heutigen Tarifverträge nichts Vollkommenes. Wie könnte es in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens auch anders sein? Sie bedürfen weiter des Ausbaues und der Anpassung an die Vielheit der Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer. Aber sie sind schon in ihrer heutigen verbesserungsbedürftigen Form gegenüber dem Einzelvertrag die höhere Ordnung. So den Tarifvertrag betrachtet, ist und wird er in zunehmendem Maße für die Arbeiterschaft etwas Wertvolleres sein als der Einzelvertrag. Er bindet Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichsam, schließt Willkür aus.

Die guten Tarifverträge oder Teile von solchen sind nicht von amtlichen Schlichtungsstellen gekommen. Wir teilen die Arbeiterschaft des Unternehmertums zum amtlichen Schlichtungsstellen nicht. Ihre Gegnerschaft ist grundsätzlicher Natur. Sie wollen selbstherrlich walten und schalten. Wir möchten vielmehr zu den amtlichen Schlichtungsstellen sagen: Was seid ihr nicht, was könntet ihr doch sein! Zwei Dinge beschaffen die Schlichtungsstellen: Erstens das ungenügende Vertrauen mit den ihrer Entscheidung unterstellten Streitfragen, zweitens das Unbehagen, das ihre Entscheidungen oftmals zurücklassen. Welcher Woll hat unsere Mitglieder erfüllt, daß mitten im Kampfe um Verbeibehaltung des Achtstundentages Schiedsprüche durch amtliche Schlichtungsstellen gefällt und von den Behörden für allgemeinverbindlich erklärt wurden, die eine Wochenarbeitszeit von 60 Stunden und darüber hinaus vorsehen. Solche Schiedsprüche sind unvereinbar mit dem Begriff „Schlichtungsbehörde“ oder „Schlichter“. Wir sind uns vollkommen klar über die Unmöglichkeit, jeweils für beide Teile befriedigende Schiedsprüche zustande zu bringen. Darum handelt es sich auch nicht, sondern um die oftmals unglaubliche Fremdheit, die aus amtlichen Schiedsprüchen spricht.

Im Kampfe um den Tarifvertrag handelt es sich um größere Dinge, als in flüchtiger Stunde gemeinhin angenommen wird. Es geht hierbei um nichts Geringeres, als um die Gestaltung eines neuen Arbeitsrechts. Um den Tarifvertrag werden in den nächsten Jahren harte Streitigkeiten entbrennen. Tritt doch mit Übernahme der Verpflichtungen durch Deutschland, wie sie aus den Londoner Verhandlungen hervorgegangen sind, die deutsche Wirtschaft in einen ganz neuen Zustand. Die Zahlungen Deutschlands an die Siegerstaaten sollen fünf Jahren zweieinhalb Milliarden Goldmark jährlich betragen. Die Unternehmer verlangen infolgedessen Mehrarbeit von wöchentlich sechs bis zwölf Stunden bei niedrigerer Entlohnung. Es geht also künftig um die Verteilung der Lasten!

Die früheren Wirtschaftskämpfe, so erfolgreich sie auch im großen und ganzen für die Arbeiterschaft waren, haben wohl kaum je an der Mehrwertigkeit des Unternehmertums gerührt. Es hat Lohnverhandlungen durch Aufschläge der Warenpreise stets und immer wieder ausgeglichen. Bald wird dieses Spiel unmöglich werden. Dann geht es um den Daseinsmindestsatz auf der einen, um die Mehrwertigkeit auf der anderen Seite. In Unternehmertum ist Klarheit darüber, daß dieser Kampf für sie unter „freiem Arbeitsvertrag“ günstiger ist als unter dem Tarifvertrag. Darum ihr Streben, sich dieser „lästigen Fesseln“ zu entledigen. Umgekehrt wird der Tarifvertrag zum Anstrich dieses Wirtschaftskampfes eine günstige Plattform für die Arbeiterschaft sein. Daher ist das Ringen der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum um den Tarifvertrag im Grunde genommen ein Ringen um den Anteil am Ertrage der Arbeit.

Ein unhaltbarer Zustand

Werkbeurlaubten wird die Unterstützung verweigert

Daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft alles andere als rosig ist, darüber sind sich wohl alle vernünftig Denkenden einig. Werden doch zum Beispiel in der Hüttenindustrie vom Facharbeiter für zehnstündige Arbeit sage und schreibe 180 M. den Monat verdient. Davon werden ihm Steuern und Beiträge für Krankenkasse und Erwerbslosenfürsorge abgezogen, jedoch ihm ungefähr 110 M. verbleiben, wovon er den ganzen Monat leben muß.

Und noch viel trostloser ist die Lage der Erwerbslosen. Trotz der kürzlich erfolgten Erhöhung der Unterstützungssätze um 20 v. H. ist der ausgezahlte Betrag so gering, daß der Erwerbslose nicht weiß, soll er sich einen Strich dafür kaufen oder das Geld dem nächstbesten Arbeitgeber schenken. Die geringen Beträge zu erhöhen, ist bisher die Aufgabe der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher gewesen, die durch Anträge in den Gemeinden das öffentliche Gewissen aufrüttelten. In den meisten Gemeinden ist es auch durch die sozialdemokratischen Vertreter gelungen, durch Zuschüsse aus Gemeindegeldern den Erwerbslosen zu helfen. Daß solche Zuschüsse in irgendeiner Weise gedeckt werden müssen, das heißt daß der Gemeinde oder dem jenseitigen Steuerbewilliger werden muß, ist klar. Eine unheimliche Ausnahme machen bei uns die Vertreter der KPD. Diese sind wohl stets dabei, die Anträge zu stellen, die mit einem Schläge die Not der Erwerbslosen befriedigen sollen, wenn es aber zur Deckungsfrage kommt, erklären die KPD-Vertreter: „Diesem System keinen Vorschlag.“

Die trostlose Lage der eigentlichen Erwerbslosen ist immer noch etwas besser als die jener Arbeiter, die infolge Betriebsbeschränkungen nicht entlassen, sondern beurlaubt sind. Sie erhalten keinen Pfennig Erwerbslosenunterstützung. Deshalb? Als Antwort geben wir einen Brief im Auszug wieder, den der Ortsausschuß Oberhausen des DGB am 12. Juli an den Reichsarbeitsminister gesandt hat. Darin wird gesagt:

Hervorgehoben durch die Geldknappheit, Auftragsmangel usw. gehen eine ganze Reihe Arbeitgeber dazu über, die Betriebe zu schließen oder einzufrieren. Die davon betroffenen Arbeiter, deren Zahl in die Tausende geht, beauftragen die Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß keine Entlassungen vorgenommen, sondern daß die Leute beurlaubt werden. Die Arbeiter verlangen das deshalb, weil sie bei einer Entlassung alle Rechte des Rahmentarifs verlieren; vor allen Dingen geht ihnen bei Entlassung das Recht auf den Erholungsurlaub verloren. Ein Arbeiter, der beispielsweise auf Grund jenseitiger Betriebsbeschränkungen den Erholungsurlaub von 12 Tagen zu beantragen hat, verliert bei der Entlassung diesen Anspruch. Wird er nach Wiederaufnahme des Betriebes erneut eingestellt, so kann er dann erst nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit wieder Urlaub beantragen, und zwar nur drei Tage. Um dieses wichtige Recht zu sichern, wünschen die Arbeiter keine Entlassung, sondern Beurlaubung während der Betriebsstilllegung oder Einschränkung. Die Arbeitgeber sehen, von Ausnahmen abgesehen, auf demselben Standpunkt.

Anders urteilen die Träger der Erwerbslosenfürsorge. Diese behaupten, gestützt auf die Regierung in Düsseldorf, sie könnten die beurlaubten Arbeitnehmer nicht in die Fürsorge aufnehmen, da dies der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge entgegenstehe. Ohne Entlassungsschein, der die Entlassung wegen Arbeitsmangel bescheinigt, kann niemand in die Fürsorge aufgenommen werden.

Es kann doch nicht die Meinung des Gesetzgebers gewesen sein, daß man unbedingt nach dem Buchstaben des Gesetzes verfährt, zumal doch der Arbeitnehmer lautstark erwerbslos und wegen Mangel an Arbeit beurlaubt ist. Außerdem muß der Arbeiter, der seine Beiträge zur Fürsorge zwangsweise abführt, doch Anspruch haben, in die Fürsorge aufgenommen zu werden.

Weiter sei darauf aufmerksam gemacht, daß es zweifellos im Sinne des Gesetzgebers liegt, daß die Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge so vernünftig wie möglich ausgelegt werden. Wenn auch nicht bestritten werden soll, daß die Regierungsstellen in Düsseldorf, die ein gesichertes Einkommen haben, für die Not der Erwerbslosen kein Verständnis haben, so muß doch gesagt werden, daß die Herren der Regierung sich sehr lange Zeit lassen, solche Fragen zu klären. Ermutigen wir darauf hin, daß von den Betriebsstilllegungen gerade die Leute betroffen werden, die in den meisten Fällen nach Abbruch des passiven Widerstandes monatlang erwerbslos waren und jetzt kaum ein paar Monate wieder in Arbeit stehen.

Der Erfolg dieser Eingabe war, daß der Herr Reichsarbeitsminister auf einer Postkarte mitteilte, er habe die Eingabe zurückgelesen und den preussischen Volkswohlfahrtsminister Hirtzfelder weitergeleitet. Dieser teilte nun am 16. August durch den Regierungspräsidenten in Düsseldorf dem Ortsausschuß Oberhausen des DGB mit, daß die „Prägung“ der Frage, ob Verstoß gegen die Unterstützung erhalten sollen oder nicht, noch nicht abgeschlossen sei. Er machte aber besonders darauf aufmerksam, daß nach dem Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 3. Juli 1924 — III R. Nr. 5581 — in solchen Fällen die Unterstützung nicht gewährt werden dürfte.

Um es kurz zusammenzufassen: Beurlaubte erhalten keinerlei Unterstützung. Sie haben wohl das Recht, ihre Beiträge abzuführen, aber Anspruch auf irgendeine Unterstützung haben sie nicht. Da sage noch jemand, der Arbeiter habe kein Recht in der deutschen Republik. Jedenfalls hat er das Recht, zu verlangen. Ob der Herr „Volkswohlfahrts“minister auch der Auffassung ist, es seien 20 Millionen Deutsche zu viel? Langende sind in der bestprophetischen Form erwerbslos, Langende haben keinerlei Einkommen, Langende sind dem Hunger, dem Elend und der Verzweiflung ausgeliefert. Rüd nicht: sie bekommen nichts, sie können Weib und Kind betteln, selbst aber können sie helfen gehen.

Hier kann nur eines helfen: Solange die unsinnige Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge besteht, muß unbedingt verlangt werden, daß die gesamte Fürsorge von der Bevormundung der Regierung befreit wird. Die Bevormundung der eingegangenen Beiträge und die Bevormundung der Erwerbslosen hat einzig und allein durch gleichberechtigte Ausschüsse der Beteiligten zu erfolgen. Wer das Geld ausbringt, muß auch das Recht der Bevormundung haben.

Weiter aber haben unsere Vertreter im Reichstag die Pflicht, so schnell als möglich die Arbeitslosenversicherung durch Gesetz einzuführen und in diesem Gesetz den Regierungsvormund voll auszuschalten. Dann erst wird dem Arbeitnehmer aus der Beitragspflicht das Unterstützungsrecht erwachsen. A. Schatz, Oberhausen.

Kritik zur Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923

Nach § 3 der Verordnung vom 21. Dezember 1923 hat der Arbeitgeber das Recht, an 30 der Wahl des Arbeitgebers überlassenen Tagen im Jahre Mehrarbeit bis zwei Stunden den Tag auszuüben. In einer Reihe von Betrieben haben sich im Anfang des Jahres die Arbeiter freiwillig bereit erklärt, bis zehn Stunden den Tag zu arbeiten, weil sie schnell wieder möglichst viel Geld verdienen wollten, und manche Arbeitgeber haben die Zustimmung der Belegschaft auch dadurch erzwungen, daß sie sich bereit erklärten, bei Zustimmung zur Mehrarbeit eine weitere Anzahl arbeitsloser Kollegen einzustellen. Als dann die Belegschaft die Betriebsvereinbarung kündigte und nur noch 48 Stunden die Woche arbeiten wollte, nahm der Arbeitgeber die Rechte des § 3 in Anspruch und ordnete für weitere 30 Tage eine zehnstündige Arbeitszeit an. Grund und Schlichtungsinstanzen gaben ihm Recht, da er auf Grund des § 3 das Recht dazu habe. Hier scheint aber der Zweck der Verordnung in bezug auf § 3 nicht richtig beachtet zu sein, da er sich nur auf Notfälle bezieht. Es muß deshalb den Arbeitern geraten werden, vor Anwendung des § 3 jede Vereinbarung abzulehnen, um deren Anwendung nach einer Vereinbarung zu verhindern. Auch Flatom beurteilt in einem Gutachten die Rechtslage zugunsten des Arbeitgebers. Bei freiwilliger Mehrarbeit sei es nicht die Schuld des Gesetzgebers, wenn der Unternehmer 30 Tage Mehrarbeitsurlaub in der Hinterhand behält. Also Vor sich!

In der Zeit der Kreditnot haben viele Arbeitgeber Kurzarbeit im Betriebe eingeführt. Manche Betriebe verlangen an drei oder vier Tagen der Woche eine zehnstündige Arbeitszeit. Sie berufen sich dabei auf § 1 der Verordnung vom 21. Dezember 1923, wonach es ihnen bei Anführung der Betriebsvertretung überlassen bleibt, im Rahmen der 48-Stundenwoche die tägliche Arbeitszeit unter Beachtung des § 9 zu bestimmen. Die Notwendigkeit wird meist noch mit wirtschaftlichen Vorteilen für den Betrieb begründet. Eine Anrufung des Schlichtungsausschusses durch den Betriebsrat ist hier überhaupt unmöglich, und auf Antrag der Gewerkschaft ist mir ein Schiedspruch bekannt, der dem Arbeitgeber Recht gibt, weil die Verbilligung der Produktion ausschlaggebend sei. Abgesehen davon, daß dies nicht immer zutrifft und oft schwer nachzuprüfen ist, darf doch nicht nur die eine Seite, der Geldsack des Unternehmers, berücksichtigt werden, sondern auch die andere Seite, die ungebörte und oft unnötige Ausnutzung der Arbeitskraft bei zehnstündiger Arbeitszeit. Soll das erwähnte Verhalten der Arbeitgeber nicht weiter um sich greifen, so muß hier durch die Regierung darauf die Abhilfe verlangt werden. Von den Arbeitern wird streng danach gesehen werden, daß wenigstens bei Kurzarbeit nicht länger als acht Stunden den Tag gearbeitet wird. W. M.

In der amerikanischen Eisenkonstruktion wird zurzeit ein harter Kampf zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten. Die Unternehmer dieser Industrie sind in der „Iron League“ zusammengeschlossen. Diese wird wiederum vom Stahltrust unterstützt. Der Stahltrust der Vereinigten Staaten, die Bethlehem Steel Corporation und andere große Verbände der Stahlindustrie streben nach dem „open shop“, das heißt nach der freien Einstellung unorganisierten Arbeiter. Man sagt, daß diese Verbände gegen die Unternehmer auftreten, die organisierte Arbeiter beschäftigen, und daß sie Mitgliedern der Iron League, der Schweißmachervereinigung, einen besonderen Rabatt auf Stahl geben. Im Mai dieses Jahres fanden zahlreiche Arbeiter der Eisenindustrie zur Erlangung höherer Löhne im Streik; 1200 Mitglieder der Gewerkschaft der Eisenkonstrukteure, die in Firmen der Iron League beschäftigt waren, gelang es jedoch nicht, Lohn-erhöhungen oder Anerkennung ihrer Organisation zu erzielen. Die Iron League geht nun gegen die Mitglieder dieses Verbandes wegen Streikpostenstehens vor und verlangt 5 Millionen Dollar Schadenersatz, da sie wegen des Streiks gewisse Verträge nicht eingabten konnte. Der Verband klagte seinerseits die Unternehmervereinigung in diesem Zusammenhang wegen ihres Vorgehens gegen die Organisation ein und verlangt 10 Millionen Dollar Schadenersatz. Der Gerichtshof hat das Urteil gefällt, daß Streikpostenstehen gesetzlich zulässig ist. Die Klage der Arbeiterorganisation wird erst im Herbst zur Behandlung gelangen.

Die Schmelze in den indischen Bergwerken. Ein sozialistisches Mitglied des englischen Parlaments gab kürzlich folgende Einzelheiten über die Lage der Bergarbeiter in den indischen Kohlenruben: In drei Provinzen Indiens sind insgesamt 65 788 Männer, 42 000 Frauen und 11 071 Kinder unter 12 Jahren beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt zwischen 12 bis 16 Stunden über Tag. Es kommt oft vor, daß Vater, Mutter und Kinder gleichzeitig in den Bergwerken beschäftigt sind. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist sehr hoch. In ganz Indien gibt es 522 Gruben, die von 252 Gesellschaften ausgebeutet werden. Die Gewinne gewisser Gesellschaften stellen sich bis auf 165 v. H.

Zählt noch für den Strich, womit er gehängt wird!

Die Zeitungen machen die öffentliche Meinung, wie jeder-mann weiß.

Die kapitalistischen Zeitungen sind am wichtigsten, weil sie am weitesten verbreitet sind.

Wer unterstützt hauptsächlich die kapitalistischen Zeitungen? Die Arbeiter und Angehörigen.

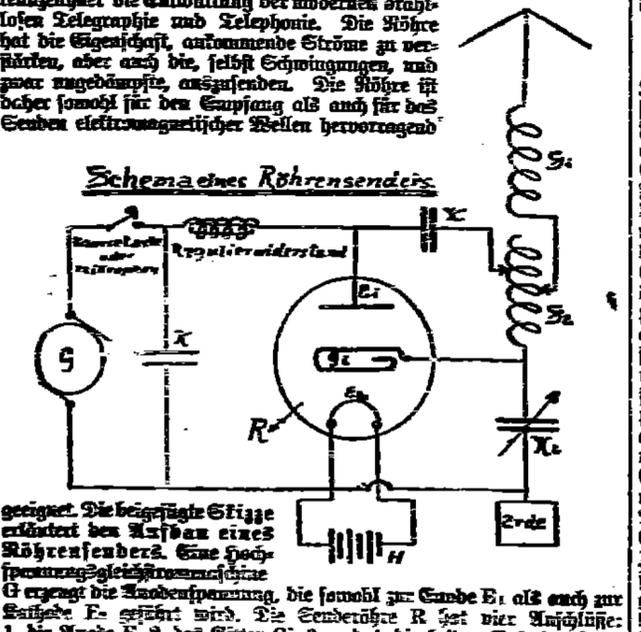
Was unterstützen die kapitalistischen Zeitungen? Die Feinde der Arbeiter, die Arbeiter, die Arbeiter und Unterdrückten. Sie bringen schändliche Berichte über Streiks, die nichtstehenden Arbeiter glauben das. Sie üben über die Arbeiter in dem einen Lande, die Arbeiter in dem anderen Lande verhasst die Äußer. So brechen sie dem Arbeiter den Strich — und dieser zählt noch dafür.

Von der Functechnik

IV. Die Elektromotoren.

Lange Jahre hat man auf die Frage, was Elektrizität eigentlich sei, keine rechte Antwort gesucht. Heute stellen wir uns die Elektrizität als einen Stoff vor, der aus positiven und negativen Teilchen, den sogenannten Elektronen, besteht. Wenn wir eine geschlossene Stromleitung nehmen, die zum einen Ende mit einem Stromerzeuger verbunden ist, und dieses wiederum in leitender Verbindung mit einem Draht bringen, der mit einem negativ geladenen Elektrotop verbunden ist, so werden dessen Blättchen gegenseitig anziehen. Wenn wir das Elektrotop vorher positiv auf, so ziehen die Blättchen nach dem Elektrotop der Lampe in sich zusammen. Diese merkwürdige Erscheinung wurde schon frühzeitig von Edison, dem berühmten amerikanischen Erfinder, entdeckt und hat nach ihm den Namen „Edison-Effekt“ erhalten. Es laßt sich zeigen, daß die in dieser Erscheinung zum Ausdruck kommende Strombewegung dem Heißwerden und dem Glühwerden durch das Heißwerden zum Stromerzeuger. Der ganze glühende Draht ist von einer Welle von Elektronen umgeben. Wenn wir nun statt des Stromerzeugers eine Zelle gegenüber dem Heißwerden in die leitende Lampe bringen und sie mit dem positiven Pol einer Batterie von Klungelementen verbinden und endlich den negativen Pol dieser Batterie wiederum zum Elektrotop zurückführen, so fließen die negativen Elektronen zu dieser Zelle, der Lampe, hinüber, es fließt nun also zwischen Lampe und dem Heißwerden (der Kathode) Fließung des Stroms hindurch. Wenn man nun ein Draht zwischen der Lampe und der Kathode nach einer Drahtleitung oder ein durchsichtiges Glas bringt (das „Gitter“) und dieses mit dem positiven Pol der Batterie verbindet, so fließt dieses Gitter die negativen Elektronen ab. Wir können ja alle das sehen, daß ein negativ geladener Pole sich anziehend und gleichnamige Pole sich abstoßen. Dieses Gitter ist also ein Schutzgitter für die negativen Elektronen und eine Barriere für die positiven Teilchen. Durch diese Eigenschaften des Gitters wird der Stromstrom von der Kathode zur Lampe. Diese Strombewegungen bewirken im „Gitterkreis“ ganz

Schwankungen des Anodenstromes. Man kann also durch das Gitter den Anodenstrom wesentlich beeinflussen, steuern, und man nennt es daher auch „Steuer-Elektronen“. Diese Elektronenströme, an deren Ausgestaltung viele Physiker und Ingenieure mitgewirkt haben, kennzeichnen die Entwicklung der modernen drahtlosen Telegraphie und Telephonie. Die Kathode hat die Eigenschaft, ansonstende Ströme zu verdrängen, aber auch die, selbst Schwingungen, und zwar ungedämpfte, auszusenden. Die Kathode ist daher sowohl für den Empfang als auch für den Sendebetrieb elektrischer Wellen hervorragend



Drehkondensator D, Spulen S₁ und S₂ und Erde. Sein Anschluß an die Kathode ist aus der Skizze zu erkennen. Der Drehkondensator K hat die Aufgabe, die zur Aufrechterhaltung der Schwingungen notwendigen Spannungsunterschiede auf das Gitter zu übertragen. Mit dieser Darstellung soll das Kapitel der Sender beendet werden.

Das Empfangsgerät.

Wir haben gesehen, daß alle Sender in der Hauptsache aus der Kraftquelle, dem geschlossenen Schwingungskreis — Spule, Kondensator — und dem offenen Schwingungskreis — der Antenne — bestehen. Wir haben auch bereits erfahren, daß die Empfänger in ganz ähnlicher Weise aufgebaut sind. Wir wissen weiter, daß das einfachste Empfangsgerät der Resonator von Herz war, daß Marconi den Zitter zum Empfang der elektromagnetischen Wellen benutzte und daß auch die Elektronenröhre bei modernen Empfangsgeräten Verwendung findet. Bei dem Gitter hat, in größerer Nähe (höchstens bis etwa 40 Kilometer) einer Sendestation zu wohnen, kann den Empfang elektromagnetischer Wellen mit einem einfachen Kristalldetektor empfangen, der mit geringen Mitteln selbst herzustellen ist, erproben. Je nach den örtlichen Verhältnissen wird er dabei eine Hochantenne brauchen müssen oder auch mit einer Zinnantenne event. sogar mit allen möglichen Ersatzantennen, wie Fensterbleche, Dachrinnen, eiserne Bettstellen u. a., die den Äther durchströmenden Hochfrequenzströme aufzufangen vermögen. Jeweilen kann man mit dem primitivsten Gerät die besten Erfolge erzielen. Der Verfasser hat mit einem Empfänger, der aus einer Streichholzschachtel gebildet war, mit Hilfe einer Ersatzantenne ein kräftiges Empfangsgerät erzielt. Das Empfangsgerät besteht grundsätzlich aus dem „Antennenkreis“ und dem „Detektorkreis“. Zum Antennenkreis gehören: Die Antenne, eine Spule und die Erde. Als „Erde“ dient oft mit bestem Erfolge die Wasserleitung, die Dampfheizung, auch die Gasleitung. Jeweilen erzielt man mit einer „Erdeerde“ einen schönen störungsfreien Empfang. Besonders in Städten wird diese Erdeerde von großem Nutzen sein, da hier bagabundierende Ströme aus allen möglichen elektrischen Anlagen oft zahlreiche Störungen verursachen. Man spannt an der Erde und am Boden des Zimmers, den Rändern folgend, isolierten Draht. Diesen bringt man an den vier Zimmer-

* Siehe Bericht über den Reiter in Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung.

Achtstundentag und Arbeitslosenunterstützung in Holland

Jene Lust und Segen spendende Sturmflut, die in den Novembertagen von 1918 durch die deutsche Polizeiflut besetzt, ist auch für Holland recht heilsam gewesen. Eine lebhafteste Bewegung erfaßte damals die holländische Arbeiterschaft. Der sozialdemokratische Abgeordnete Troelstra rief das Proletariat auf, das deutsche Beispiel nachzumachen. Darob wurde die holländische Bourgeoisie von einem wohlthuenden Schüttelfrost erfaßt. Sie versprach den Himmel und noch einiges mehr. Im Laufe der Monate wurden ihre Versprechen teilweise verwirklicht.

Das Gesetz setzte ursprünglich die wöchentliche Arbeitszeit auf 45 Stunden fest, obgleich das Washingtoner Abkommen als Höchstzeit 48 Stunden vorsieht. Weiter wurde in dem Gesetz die sogenannte englische Woche, das heißt der freie Sonnabendnachmittag festgelegt. Kein anderes Land ist soweit gegangen. Als dann aber die Stimmung der Arbeiterschaft ruhiger wurde, setzte eine tatkräftige Bewegung der Unternehmer für die Änderung des Gesetzes ein. Ihr erster Vorwand war der gleiche, den das Unternehmertum aller Länder vorträgt: die ausländische Konkurrenz. Das katholische Ministerium gab nach, das Gesetz wurde (im Jahre 1921) geändert, die Arbeitswoche von 48 Stunden ist zur Regel geworden.

Mein, der Appetit kommt beim Essen. Die Unternehmer gaben sich mit ihrem Erfolg nicht zufrieden. Sie verlangten und verlangen noch mehr. Dreißig erklären sie, daß sie den Achtstundentag wünschen. Das Gesetz gilt für Fabriken und Werkstätten, aber nicht für Transportgewerbe, Büros, Landwirtschaft und Handel. Das Gesetz bestimmt zwar, daß eine königliche Verordnung die Arbeitsdauer der Kaffeehäuser, Hotels, Krankenhäuser und Apotheken regeln soll, in welchen Arbeitsstätten die Arbeitswoche nicht über 55 Stunden hinausgehen dürfe. Den Unternehmern ist es jedoch bis jetzt gelungen, die Veröffentlichung der königlichen Verordnung zu hintertreiben. Allerdings hat, was gesagt zu werden verdient, vor einiger Zeit die Kammer in einem Beschluß die Ausdehnung des Gesetzes von der Regierung verlangt. Aber der Arbeitsminister ist mehr damit beschäftigt, das Gesetz zu durchlöchern, als es auszubehnen. Er braucht und mißbraucht das ihm von dem Gesetz zugestandene Recht, Ausnahmen zu gestatten. Solche können gewährt werden im Falle starker industrieller Tätigkeit, wenn dargelan ist, daß dringliche Aufträge erfüllt werden müssen. Das Ministerium indes legt diese Bestimmung in einer überaus unternehmerfreundlichen Weise aus. Die Arbeiterklasse widerstrebt mit aller Kraft der Durchlöcherung des Gesetzes, wie unter andern der große Streit in der Textilindustrie in Twente bezeugt. Die Hauptursache dieses Zustandes bildet ein Anschlag gegen den Achtstundentag: die Textilfabrikanten wollten, „um konkurrenzfähig zu sein,“ die achtstündige Arbeitszeit befristigen. Die Arbeiter haben sich dem, indem sie lange Monate streikten, widersetzt. Den Gewerkschaften ist es gelungen, in den wichtigsten Industrien den Achtstundentag zu erhalten. Es wurde freilich erwähnt, daß in Holland der Kampf schwierig ist; denn es muß dort nicht bloß gegen die Unternehmer, sondern auch gegen eine — katholische — Regierung gekämpft werden, die gleichweis die große Wohltat offen befiehlt.

Der holländische Gulden zählt zu den allergeringsten der europäischen Währungen. Seine blühende Gesundheit machen die Fachleute für die schreckliche Arbeitslosigkeit verantwortlich. Es gibt in der Tat wenig Länder, wo die Verhältniszahl der Arbeitslosen dermaßen hoch ist, wie in Holland. Die Krise begann schon während des Krieges, und es stellte sich bald heraus, daß die gegen die Arbeitslosigkeit getroffenen Maßnahmen ganz ungenügend waren. Schon im Jahre 1917 waren die Arbeitslosenstellen vollständig geleert. Die Regierung sah sich gehalten, mit hohen Zuschüssen beizuschreiten. Sie hat ihre Weisheit nach dem dänischen Vorbild gemodelt, das heißt, sie hat den Zuschuß festgesetzt nach der Zahl und der Höhe der in die Arbeitslosenstellen gezahlten Beiträge. Am Anfang zahlten die Arbeiter 50 Cents die Woche, während Regierung und Gemeinde je 12 1/2 v. H. zuschossen. Aber die Arbeitslosigkeit hat derart um sich gegriffen und die Preise aller Dinge sind so himmelwärts geschossen, daß an die Erhöhung der Zuschüsse und der Unterstützungsätze um 150 und 200 v. H. gegangen werden mußte. Dann kam eine Zeit des Drucks, während welcher die Regierung nachhaltig für die Erhöhung der Beiträge und für eine Kürzung der Unterstützungsätze wirkte zu dem Zwecke, die staatlichen und gemeindlichen Zuschüsse vermindern zu können.

Neben den Arbeitslosenstellen besteht eine besondere Einrichtung, welche die Erwerbslosen unterstützt, wenn sie ihr Anrecht auf Unterstützung erschöpft haben. Die Sonderunterstützung wird unter Mitwirkung der Gewerkschaften gezahlt, damit beim Arbeiter nicht das Gefühl aufkommt, er sei Kunde der Armenpflege.

Wie bei der Frage des Achtstundentages, so benutzen die Unternehmer auch die wirtschaftlichen Regentage dazu, das zurückzunehmen, was sie, als revolutionärer Sturmwind von Osten her wehte, gewähren mußten. Sie unterhalten einen hartnäckigen Kampf gegen alles, was Arbeitslosenversicherung heißt, so daß sich die Gewerkschaften ununterbrochen abwehrbereit halten müssen. Der holländische Gewerkschaftsbund (N.V.V.) strebt übrigens nach einer andern Lösung der Arbeitslosenfrage. Er ist immer und immer wieder bei der Regierung vortrefflich geworden, damit große öffentliche Arbeiten ausgeführt werden, um den Tausenden von Arbeitslosen eine ebenso nützliche wie auskömmliche Beschäftigung bieten zu können. Die Versuche sind teilweise erfolgreich gewesen. So sind beispielsweise bei Groningen 100 Hektar Boden urbar gemacht, neue Straßen ausgelegt und Kanäle verbreitert und vertieft worden. Für diese Unternehmen wurde jedoch von vornherein eine viel zu niedrige Stufenleiter gewählt. Die Regierung, deren einzige Sorge die Gesundheit des Guldens — der ganz und gar nicht krank ist — zu sein scheint, will keinerlei Ausgaben machen, selbst nicht für produktive Zwecke. Sie liebt ihre Tätigkeit darauf zu beschränken, von den ohnehin unzulänglichen Unterstützungssätzen der Erwerbslosen so viel wie möglich abzutradern.

Das englische Krankentaggengesetz

Wald nach der Revolution war auf Drängen der englischen Arbeiter, der sogenannten Shop-Stewards, Lloyd George in Berlin, um die deutsche Krankentaggengesetz zu studieren. Er nahm niemand mit, sah und notierte. Zu Hause angekommen, arbeitete er das englische Krankentaggengesetz aus, so wie es heute besteht. Wichtig sind die Unterschiede zwischen dem unseren und dem englischen. Er hat ganz einfach das Gute übernommen, das Veraltete benutzt, um Zeitgemäßes einzufügen. Arbeit der hervorretenden Unterschiede: Trägt der Arbeitgeber oder andere Personen die Schuld an der Erkrankung, so werden sie von der Kasse verantwortlich gemacht. Die Prozessführung ist rücksichtslos. Infolgedessen erhöhte Aufmerksamkeit überall. Wieviele Menschen holen sich jahraus, jahrein in jugigen, schlecht geheizten Arbeitsräumen Rheumatismus! Bei uns besteht fast kein Schutzzwang nach dieser Richtung. In England würde hierbei dauerndes Siechium an Erbschaft auf dem Spiele stehen, das den Arbeitgeber glatt ruinieren könnte, wenn mehrere Personen in Frage kämen. Das Krankengeld wird 26 Wochen gezahlt. Hieran schließt sich sofort ohne den bei uns Zeit und Lust raubenden Formalismus die Invalidenrente.

Bei krankgeschriebenen Versicherten ist Zahlungsbefehl wie Pfändung unzulässig, sofern das ärztliche Attest den Behörden vorgelegt wird. Die freie Arztwahl ist als Sondergesetz verankert. Der Lohn der Ärzte wird von einem Sonderausschuß festgelegt, in dem zu gleichen Teilen sitzen: Gesundheitsbehörde, Ärzte, Versicherte, Krankentagungsvertreter. Ein Streit, wie er jetzt zum Schaden der Berliner Versicherten entbrannt ist, ist damit unmöglich gemacht. Arzneimittel und Medizin wird von demselben Ausschuss ausgewählt. Einer willkürlichen Kürzung dieser Heilnotwendigkeiten einseitig durch die Kasse ist damit ein Riegel vorgeschoben.

Wochengeld erhält die Frau des Versicherten, wenn sie selbst also nicht versichert ist, die Woche 30 Schilling = 30 A. Ist die Wöchnerin aber selbst auch versichert, erhält sie die Männerzulage und die eigene, zusammen 60 Schilling.

Sollte jedoch dies zufällig sein, wäre sie sowieso gerade arbeitsunfähig gewesen, so tritt das Krankengeld noch hinzu, da die Kasse aus dieser Doppellage keinen Nutzen durch verkürzte Rechte an der Versicherten haben darf. Es kämen dann bis 90 Schilling pro Woche zur Auszahlung. Das Finanzgebaren der Krankenkasse unterliegt einer öffentlichen Kontrollkommission. Die Krankentage in England erfüllen nur den einen Zweck, Ein- und Auszahlstelle, also öffentliche Kasse, nichts weiter zu sein. Die englische Krankentage hat nicht nötig, ihre Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, da die zahllose Personen werden (darunter fallen auch Arme, Trinker, Landstreicher, wandernde Handwerksburden) aus einem besonderen Fonds versorgt. Krankenhausaufnahmen werden aus den sehr zahlreich vorhandenen Wohltätigkeitsfonds bestritten. Es gibt nur eine staatliche Krankenversicherung.

Wenn man von dem Grundgedanken ausgeht, man soll das Gute nehmen, wo man es findet, so könnten wir wohl bei der nicht auszubehenden Reform unserer ganzen Sozialversicherung auch an die Verbesserungen denken, die schon das englische Gesetz darstellt. Warum zum Beispiel wird der Krankentag abgezogen nicht gleich gekürzt? Welche ungeheure Ersparnis an Beamten, Schreibwerk usw. fiele dabei aus! Wir haben in Berlin allein 400 verschiedene Krankentage. Wozu nur? In Deutschland sind es nahezu 9000! Welch ungeheure Entziehung von Heilmitteln stellt diese zerstückelte Verwaltungsausgabe dar! Hier wäre ein großes Gebiet für unsere Partei, den notwendigen Abbau am richtigen Ende zu verlangen und einzuleiten.

25 Jahre Finnischer Metallarbeiterverband

Der Finnische Metallarbeiterverband feierte am 14. Juni im Volkshaus zu Helsinki sein 25jähriges Bestehen. Vom 21. bis zum 23. Juni 1899 fand in Helsinki eine Metallarbeiterzusammenkunft statt, die von 41 Teilnehmern aus 19 Orten besucht war. Es wurde dort beschlossen, einen das ganze Land umfassenden Eisen- und Metallarbeiterverband zu gründen. Dieser Verband konnte in der ersten Zeit seines Bestehens nicht viel ausrichten, namentlich weil die Vorstände wiederholt wechselten. Ferner erhielt die Hauptkassa von jedem Mitglied im ganzen Jahre nur 50 Penni (ungefähr 40 S);

auch erschwerte die politische Reaktion die Tätigkeit des Verbandes. 1900 hatte der Verband 672 Mitglieder. Die Beiträge gingen unregelmäßig ein. Das Verbandsblatt konnte aus Geldmangel bald nicht weitergehen. 1906 wurde zu Kammerfors der vierte Verbandsstag abgehalten. Dort waren 87 Vertreter von 61 Organisationen und es kam zu einer Neugründung des Verbandes, der nunmehr den Namen Finnischer Metallarbeiterverband erhielt. Das Eintrittsgeld betrug 50 Penni, der monatliche Beitrag 25 Penni. Ferner sollte jedes Mitglied 1/2 v. H. seines Einkommens an eine Kasse zahlen zur Unterstützung von Arbeitslosen, Streikenden und Ausgepörrten. Bald darauf kam es wieder einmal zu einer Ausperrung. Diese dauerte 10 Wochen und während des Kampfes entstand Unheimlichkeit unter den Arbeitern. Es bildeten sich Sonderverbände der Klempner, der Kesselschmiede, der Kupferschmiede, der Holzleger und der Elektrizitätsarbeiter. Nichtsdestoweniger gelang es dem Metallarbeiterverband, den Kampf mit einem Beitrag abzuschließen, dem ersten, den der Verband eingehen konnte. 1908 erfolgte der Anschluss an den Finnischen Gewerkschaftsbund und an den Internationalen Metallarbeiterbund. Ein 1909 ausgebrochener allgemeiner Metallarbeiterstreik mißglückte und der 1908 errungene Beitrag ging verloren. Einige der Sonderverbände lösten sich auf und ihre Mitglieder schlossen sich dem Metallarbeiterverband an; nur die Verbände der Klempner, der Kesselschmiede und der Kupferschmiede blieben noch weiter bestehen. Bis zum Jahre 1913 hatte der Verband von den 14 000 Metallarbeitern Finnlands 6000 organisiert, und er war dadurch der zweitgrößten Gewerkschaft Finnlands geworden. Nur der Sägereiarbeiterverband war noch größer. Auch wurde die Arbeitslosenunterstützung und das Sterbegeld eingeführt. Der Krieg brachte zunächst eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse und einen Rückgang der Mitgliederzahl. Da aber die russische Regierung den finnischen Gewerkschaften wohl oder übel etwas mehr Bewegungsfreiheit lassen mußte und der Geschäftsgang wieder lebhafter wurde, so stieg die Mitgliederzahl vom Anfang des Jahres 1916 bis zum März 1917, also noch vor Ausbruch der Revolution, wieder von 3678 bis auf 5022. Am 1. Januar 1917 verschmolz sich der letzte der noch übriggebliebenen Berufsverbände, der der Kesselschmiede, mit dem Metallarbeiterverband. Nach der Revolution stieg die Mitgliederzahl bald auf 16 000 und es gelang dem Verbande, beträchtliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Diese Erfolge ließen sich jedoch nicht lange aufrechterhalten. Infolge des Bürgerkrieges im Jahre 1918 erhielten die Gewerkschaften schwere Rückschläge. Hunderte von Gewerkschaftern wurden wegen „höcherrätlicher Vorbereitungen“ auf Jahre hinaus ins Gefängnis geworfen.

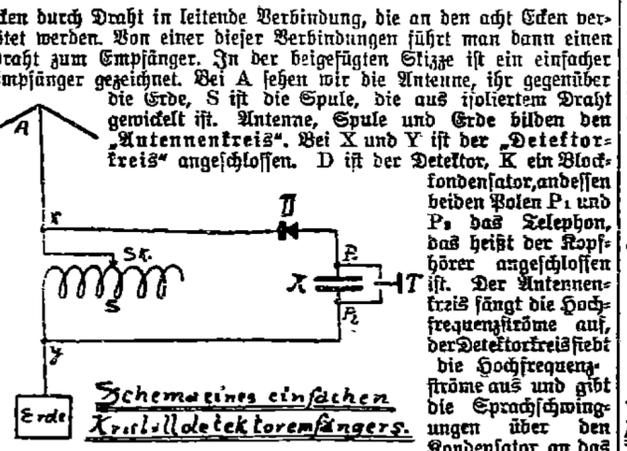
Zur Krise in kommunistischen Gewerkschaften

Der kürzlich in Moskau abgehaltene Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale hat in bezug auf die kommunistische Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei Beschlüsse gefaßt, die in den Reihen der kommunistischen Gewerkschaften eine ernsthafte Erschütterung hervorrufen können. Das Zentrum der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei ist der Internationale Allgewerkschaftliche Verband, der in einer Reihe von Gruppen Arbeiter verschiedener Berufe in sich vereinigt. Außerhalb dieses Verbandes gibt es noch selbständige kommunistische Verbände der Bauarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner, sowie die deutsche kommunistische Organisation der Legilarbeiter. Der Kongress hat nun beschlossen, daß der Allgewerkschaftliche Verband der einzige Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei zu sein habe, was also für die andern Verbände die Auflösung bedeutet.

Die Reichsberger Gruppe der Textilarbeiter wird diesem Moskauer Kommando wohl oder übel folgen müssen. Ob die Verbände der Bauarbeiter, Transportarbeiter und Holzarbeiter dasselbe tun werden, ist fraglich. Der Sozialdemokrat, das Hauptblatt der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei, sagt in diesem Zusammenhang: „Vielleicht werden die Vorgänge in den kommunistischen Gewerkschaften in der nächsten Zeit viel mehr unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen müssen, als die Vorgänge in der kommunistischen Partei.“

Zur Verkrüftung der Schwerindustrie.

Der französische Berichterstatter des Daily Herald berichtet über neue Erwerbungen des französischen Schwerindustriellen Schneider in der Tschechoslowakei. Schneider ist an der größten tschechischen Bank Zivnostenska Banka und dem größten schwerindustriellen Betrieb, den Stodawerker, beteiligt. Die erwähnte Bank hat große Teile der Metallindustrie, außerdem aber auch der Textil-, Jüden- und Alkoholindustrie unter ihrer Kontrolle. Eine Anzahl Höchsen und Bergwerke gehören ebenfalls dieser Gruppe. Die Stodawerke haben vor Kurzem einen großen Maschinenbaukonzern (Rustan, Promonzi und Hinghoff) aufgekauft. Schneider hat vor kurzem neue Investitionen an der tschechoslowakischen Elektrizitäts-, Kohlen-, chemischen Industrie, landwirtschaftlichen Maschinenindustrie, ja sogar an der Lebensversicherung, an dem Milchhandel, der Seifen- und Kerzenindustrie erworben. Die seit dem Kriege eingetretene hochgradige Verkrüftung der englischen Schwerindustrie hat weitere Fortschritte gemacht. Vor kurzem wurde fast die ganze Metallindustrie in einem Großkonzern vereinigt. Auch erfolgte dort die weitere Verkrüftung der Lebensmittelindustrie. In den Besitzverhältnissen eines ostböhmischen Konzerns, der Bismarckhütte und der Rationier Bergbau A.-G., soll eine Änderung eingetreten sein. Dieser gehörte bisher der Sinnes-Gruppe, die ihn voriges Jahr durch die Vermittlung des Generaldirektors Fild, der mitbeteiligt ist, in einem scharfen Kampf gegen den Osterreicher Wofel erworben hat. Die unter der Botmäßigkeit der Sinnes-Gruppe stehende Alpine Montanengesellschaft hat später die Mehrheit dieser Aktien erworben. Jetzt sollen aber diese Unternehmungen, die in Polnisch-Oberschlesien liegen und gegenwärtig unter der tschechischen Wirtschaftskrise leiden, in den Besitz des französischen Kapitals übergegangen sein.

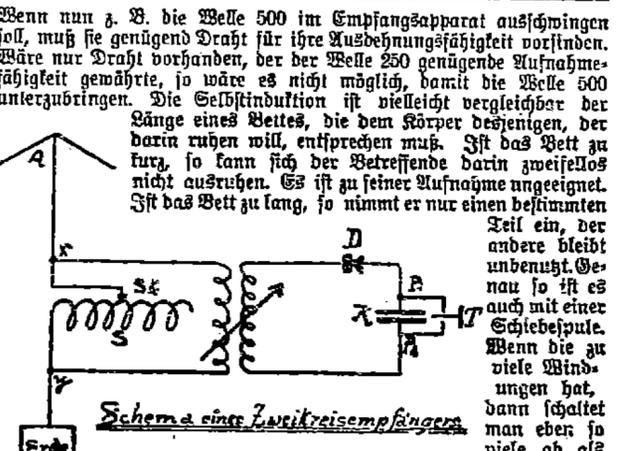


edem durch Draht in leitende Verbindung, die an den acht Ecken verläßt werden. Von einer dieser Verbindungen führt man dann einen Draht zum Empfänger. In der beigefügten Skizze ist ein einfacher Empfänger gezeichnet. Bei A sehen wir die Antenne, ihr gegenüber die Erde, S ist die Spule, die aus isoliertem Draht gewickelt ist. Antenne, Spule und Erde bilden den „Antennenkreis“. Bei X und Y ist der „Detektorkreis“ angeschlossen. D ist der Detektor, K ein Blockkondensator, an dessen beiden Polen P₁ und P₂ das Telephon, das heißt der Kopfhörer angeschlossen ist. Der Antennenkreis fängt die Hochfrequenzströme auf, der Detektorkreis scheidet die Hochfrequenzströme aus und gibt die Sprachschwingungen über den Kondensator an das Telephon, den Kopfhörer, ab. Der Schiebepunkt SK gleitet über die Drahtwindungen hin, die auf seiner Bahn blank gemacht sind und gestattet einzelne Windungen zu- und abzuschalten und so den Apparat auf die Empfangswelle einzustellen. Der Detektor oder Gleichrichter besteht aus einem Kristall (z. B. Pyrit, Marcosit, Selenit und ähnlichem) und einer verstellbaren Drahtspule. Das Kristall legt dem Stromdurchgang einen großen Widerstand entgegen und gestattet nur einer Stromrichtung den Durchgang, die nun ersprechend ihrer Überlagerung mit Musik oder Sprache im Telephon hörbar wird. Der Detektor wirkt also so, als ob die eine Amplitude glatt weg abgeschnitten sei. Die Elektronenröhre, die als Detektor (als Audion) geschaltet wird, wirkt in derselben Weise. Ein solcher Empfänger, wie er oben beschrieben wurde, ist nicht sehr „selektiv“, das heißt, er gestattet keine scharfe Einstellung auf die empfangenden Wellen. Diese Aufgabe des Abstimmens auf eine bestimmte Station



erfüllen Drehkondensatoren, Variometer und vor allem die Einschaltung weiterer geschlossener Schwingungskreise. Der beigefügten Skizze ist ein Zweikreisempfänger schematisch dargestellt. Wir sehen, daß bei X-Y an Stelle des Detektorkreises die beiden Drahtenden einer Hochspule angeschlossen sind. Diese Spule überträgt durch Induktion auf eine zweite Hochspule die Hochfrequenzströme und diese werden dann erst durch den Detektor zum Kopfhörer geleitet. Die eine dieser Hochspulen ist fest, die andere beweglich gelagert und kann über die erste hinweggedreht werden. Auf diese Möglichkeit deutet der Pfeil über den beiden Spulen in der Skizze hin. Dadurch wird die „Koppelung“ des Detektorkreises looser oder fester, das heißt es wird mehr oder weniger Strom an ihn abgegeben. Man kann nach Belieben auf diese Art drei oder mehr Kreiseempfänger herstellen. Allerdings ist die Zahl der Kreise beschränkt. Ihre Vermehrung bringt eine Verminderung der Lautstärke mit sich.

Jede Spule, die abstimbar geschaltet wird, wirkt wie ein Sieb. Es schwingen durch die Luft alle möglichen Wellen, die sich gegenständig hören würden, wenn es nicht gelänge, sie zu trennen. Das geschieht mit Hilfe der „Abstimmung“. Wir wissen, daß jeder Schwingungskreis aus Selbstinduktion und Kapazität besteht. Wir veranschaulichen uns diese Begriffe durch eine Spule und einen Kondensator. Die Hochfrequenzwellen machen sich in der Spule als schwacher elektrischer Strom bemerkbar. Je mehr Drahtwindungen auf der Spule sind, um so größer ist der Raum, den der Strom auszufüllen hat.



Wenn nun z. B. die Welle 500 im Empfangsapparat ausschwingen soll, muß sie genügend Draht für ihre Ausdehnungsfähigkeit vorfinden. Wäre nur Draht vorhanden, der der Welle 250 genügende Aufnahmefähigkeit gewährte, so wäre es nicht möglich, damit die Welle 500 unterzubringen. Die Selbstinduktion ist vielleicht vergleichbar der Länge eines Bettes, die dem Körper desjenigen, der darin ruhen will, entsprechen muß. Ist das Bett zu kurz, so kann sich der Betreffende darin zweifellos nicht ausruhen. Es ist zu seiner Aufnahme ungeeignet. Ist das Bett zu lang, so nimmt er nur einen bestimmten Teil ein, der andere bleibt unbenutzt. Genau so ist es auch mit einer Schiebepule. Wenn die zu viele Windungen hat, dann schaltet man eben so viele ab als genügend, um die gewünschte Welle aufnehmen zu können. Die Kapazität ist die Aufnahmefähigkeit für den elektrischen Strom. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein dünner Draht weniger Strom in sich aufnehmen kann, als ein dickerer. Um bei unserem Beispiel zu bleiben, können wir die Kapazität mit der Breite und der Festigkeit des Bettes vergleichen. In einem breiten Bett können mehrere Menschen ruhen. Seine Aufnahmefähigkeit hängt aber auch von seiner Festigkeit ab, ist es zu schwach, so bricht es unter der Last zusammen. Man erkennt hieraus, daß Kapazität und Selbstinduktion bestimmen, welche Wellen der Apparat aufnehmen kann. Wellenlänge, Kapazität und Selbstinduktion stehen also in einem ganz bestimmten Verhältnis, das auch rechnerisch festgelegt werden kann. Vieles ließe sich hierüber noch sagen, aber es sollten nur Anregungen gegeben werden, die zu weiterem eigenen Arbeiten führen mögen.

Ein Hauptschlag der Schiffsverhrottung

Der Ort, von dem in den nachfolgenden Zeilen die Rede sein soll, ist das in knapp einem Jahrhundert gemordete preußische Wilhelmshaven oben an der Nordsee. Unter der verflochtenen Wilhelmshavener Bucht der größte Kriegshafen der Welt, ebendort die mit ihrem umfangreichen Werftbetriebe heute zu einem ebenso großen Schiffsfriedhof geworden. Zweifellos ein durchschlagendes Beispiel so mancher deutschen Gegenwartsdinge.

Die Veranlassung zu dieser Umschichtung ist weiteren Kreisen nicht unbekannt. Ein hartes Pariser Gebot schrieb uns vor, daß leistungsfähige Kriegsfahrzeuge zu vernichten seien. Im selben radikalen Sinne, wie es mit den weltberühmten, mit ungezählten Weltmilitären hergestellten erstklassigen Verfestigungsanlagen des 50 Kilometer leuchtweiten Ostseegebietes geschah. Es waren wirklich nicht weniger kleine und große Schiffe, die von diesem Schicksal betroffen wurden, und so war es auch nicht weiter verwunderlich, wenn Ingenieure und Arbeiter bald eine recht beachtenswerte Fertigkeit in der Vernichtung aller Schiffsrümpfe erlangten. Rote fanden bei diesem neumodischen Geschäft noch zwei andere Voraussetzungen: der Rohstoffbedarf unserer Hüttenwerke und die lange Zeit hindurch schandmäßig niedrigen deutschen Arbeiterlöhne. Also wurde Europa- und Kleinasien die Forderung, und wo hätte besser vor sich gehen können als eben hier, wo die Werft- und Hafenanlagen in jeder Hinsicht vorbildlich waren. Nicht weniger als ein ganzes Duzend verfallener Schiffe haben sich in Wilhelmshaven auf die geminderte Beschäftigung des Vernichtens ehemals vielgerühmter Seebezwinger eingestellt.

Die Gelegenheit war günstig. In aller Welt gab es infolge der durch den Weltkrieg offenbar gewordenen veränderten Kriegs- und Schiffstechnik in erheblichem Maße jungen ergrauten Kriegs- und Handelsschiffe. Der Unternehmer am Jadedeufsen hielt Umschau. Er kaufte in England, in Amerika und andernwärts müde gewordene Fahrzeuge aller Art, brachte sie übers Wasser, veranlaßte sie im Hafen und ließ ihnen hier durch den erfahrenen Arbeiter das unerbittliche Sauerstoffgeschloß in den ein- und zwei Fuß hohen eisernen Wälzbohrern. Mit bloßem Hammer und Schraubenzieher war nicht alles viel auszurichten, nur der feurige Bohr, die glühende Säge des Brenners — so nennt man längst die einschlägigen Facharbeiter — konnte erfolgreich gegen die widerstandsfähigen Eisenschichten vorgehen. Leicht ist solche Arbeit wahrhaftig nicht. Funken fliegen und Eisenstücke fliegen umher, Brandwunden an Hals und Gesicht bleiben nicht aus; vor allem aber: ein feiner unedler Metallstaub steigt heimlich in die Lunge, so daß man nach der Lunge seines menschlichen Widerstandes, fürwahr, diese eisenbringende Tätigkeit ist nicht angenehm.

Bei solcher Entwicklung der Dinge ward aus Wilhelmshaven durch die den Kriegsausgang hervorgerufene Not mit der Zeit eine geliebte Jugend. Söhne der anfangsliche Jagdgesellschaft übermüdet und längst ist es nun der größte Abwärtsschlag des europäischen Festlandes, ja sehr wahrscheinlich der ganzen Welt. Und soviel Schiffsparaden die Stadt auch im Laufe der letzten Jahrzehnte an sich vorüberziehen sah: die eigenartigsten Fahrzeuge kamen erst, als sie das große Schiffsverhüttungswerk zu wehen begann. Solche und solche Schiffe traten irgendwo ihre Todesfahrt an, mochten in einem der Jadedeufsen dem zufriedenen lächelnden Unternehmer ihre Aufmerksamkeit und legen sich dann zum Sterben hin. Eine so grimmig-unternehmungslustige Drahter und Linienschiffe eigenen Charakter fühlten, daß ihre Zeit vorbei sei; nicht anders die vielen kleinen britischen Kolosse. Keinem von ihnen war es gelungen, in vierjährigem Kriegsgelände der großen Marinestadt am Jadedeufsen irgendwie festzufußeln näherzutreten, so heißt man auch übermüdet Kanal die Welt hiege. Jetzt aber, so heißt man sie unbewußt und still-ergerben, so sich dem deutschen Heer anzuschließen. 196 Fahrzeuge sind so im Laufe der vier Jahre bis heute in Wilhelmshaven und dem benachbarten, zum einseitigen Wirtschaftsbereich gehörenden Barmsteden allgemach den Weg der Vernichtung gegangen. 113 davon waren in ihrem mehr oder weniger langen Leben dem Kriegsgott untertan, damals als noch Mars die Stände beherrschte. 88 waren treue Diener des internationalen Handels gewesen. 89 waren deutschen Ursprungs, bei den 97 übrigen stand die Frage irgendwo jenseits des Nordmeeres.

Stolz kamen diese herüber. Nur einige dem Tode verfallene seien genannt: „Deutschland“, „Wittelsbach“, „Barbarossa“, „Bettin“, dann die Engländer „Lord Nelson“, „Cesar“, „Hibernia“, „Sensable“. Dann die nicht mehr genügend leistungsfähigen heutigen Handelsschiffe „Zieten“ und „Graf Waldersee“ und schließlich auch, als Mittelglied zwischen Krieg und Frieden, die große Kaiserjacht „Sachsenwald“. Auf den Deutschen Werften ward dieses Schiff vor Jahresfrist zerlegt, zerhackt und als Abfall verkauft. Von außerdeutschen Handelsschiffen seien erwähnt: die englischen „Royal George“, „Castle“, „Indiana“, „Garibaldi“ und „Corcovado“. Und nicht zu vergessen Americas „Albatross“, der größte Fracht-dampfer der Welt. Zwanzig Jahre erst war dieses Schiff alt und dennoch schon untauglich für den zeitlichen Verkehr. Während des Krieges hatte es als Truppentransportschiff gedient. So manche Gedung junger Mütter hatte es aus der amerikanischen Heimat in die sandig-französischen Schützengräben befördert. Jedemal jetzigen Mann und um ihm es nach ließe sie zum einseitigen deutschen Gegner aus deutsche Abwehrkräfte. Im Januar war das. Jetzt liegt es in einem der Hüfen und steht still um Stund aus seinem langen, kampflichen Leben, hinarbeitend, brennend. Die einzige Heimat nimmt lebhaften Anteil an seinem Schicksal. Als und es wird vom gegenwärtigen Abwärtsschlag eine Einbildungsbildung gemacht. Diese wandert nach Amerika und wird dort auf der Leinwand vor-gesührt. Empfindungsvolle Seelen, diese Amerikaner.

Außer der „Albatross“ gibt es auch dieses und jenen anderen Amerikaner aus dem Weltkrieg, der zur Stunde in Wilhelmshaven vom Abwärtsschlag geholt wird. Dazu sind unläugbar ein ganzes Duzend französischer Kriegsschiffe hier gebunden, des gleichen Schicksals harrend. Ganz aus Holz gebaut, befindet deren Aufgabe darin, Kanonen herbeizuschaffen. Von jenseits des Kanals. Ihre Zweck haben sie erfüllt, ihre Zeit ist vorbei. Sie harren still und geduldig des Abwärtsschlages. Was wird das Ende sein? Holzmaterial für Möbel, halbes Pfundplatten und Feigens für den Winter- oder Man glaube nicht, daß das Zerbrechen dieser Holzschiffe be-sonders leicht sei. Sehr im Gegenteil; die Schiffsverhüttung ist im höchsten Maß eine sehr anspruchsvolle Arbeit. Das durch eine Anzahl von Anlagen und Maschinen veranlaßte Verfahren hat außerst hohe Anforderungen.

Überhaupt ist die Arbeit des Abwärtsschlages keine so einfache, wie der Laie sie sich zuweilen vorzustellen beliebt. Mit großer Umsicht muß zu Werke gegangen werden, andernfalls können schlimme Erfahrungen nicht aus. So ist es erst in einigen Monaten auf der Abwärtsschiff der Deutschen Werft vorgekommen, daß der zum Abwärtsschlag be-zehnten liegende, dreißig Jahre alte amerikanische Handelsschiff „St. Paul“ des Abwärtsschlages beizubringen hatte und am anderen Morgen zur unangenehmen Überraschung der verantwort-lichen Verantwortlichen war nach dem Zerbrechen aus dem Wasser gehoben. Zwei Monate lang mußten eine ganze Person, Land- und Wasserbauingenieur, tätig sein, um das Zerbrechen so zu geben, daß die Arbeit weitergehen kann. Noch gute Werke aber hat es mit der Forderung des Abwärtsschlages. Das ein jeder an-willensamer Zuschauer eine klare Sache ist, braucht nicht be-sonders betont zu werden. In diesem Jahre wird eine Verhüttungs-gesellschaft der Schiffe tragen müssen.

Was besonders bedauerlich ist die teilweise verfallene Seite der Sache. Ganz besonders, als auch in der letzten der letzten Selbst-entwertung stand. Der deutsche Schiffsbau hat heute fast die ge-liebte Seite der Welt nicht mehr zu zeigen, dem Ab-wärtsschlag aber haben sie noch immer billig genug. Daher das folgende, in jeder Hinsicht mehr, denn auch unangenehmste Mißgeschick: Der deutsche Unternehmer kaufte das Schiff in England, zer-legte und zerlegte es in Wilhelmshaven auf Schrott und verkaufte diesen wieder an die englische Schiffsverhüttung. Auf Grund der zehnjährigen deutschen Arbeiterlöhne war dieses möglich. Auch heute noch werden einzelne englische Schiffe durch in Lohnvermittlung an den deutschen Unternehmer gegeben. Sie kommen über die Werfte, werden hier in launend Einzelheiten begn. in für den Schiffsbau bestimmten

Wäre zerlegt, diese aber wird dann wieder zurück nach England geschickt.

Gegen zweihundert Schiffe sind in Wilhelmshaven bisher abgebaut und zu Schrott umgewandelt worden. Doch noch liegen die Hüfen voll, immer neue kommen dazu und noch lange wird es dauern, ehe auch das letzte Schiff verrottet ist. Wenn ein solcher Abwärtsschlag in der Praxis überhaupt eintreten kann! Wird es alte, dienst-untaugliche Schiffe doch immer geben, bei dem Rohstoffmangel von heute aber kann man sich den Luxus des einfachen Vorgehens oder Verfertigen alter Eisenkästen vorderhand wirklich nicht mehr leisten. Fast 2000 Arbeiter üben in Wilhelmshaven die Kunst des rücksichtslosen Abwärtsschlages und mehr als 300 000 Tonnen Schrott sind bisher gefördert worden. Wagon auf Wagon von der Küste ins Landinnere oder fuhr zu Schiff über die Nordsee ins schrot-teliche Ausland. Das Ganze ein Zeugnis einer neuen Industrie in neuer Zeit.

R Ü S T E T !

Am 21. September:
Krieg dem Kriege!

Der Mostauer Nebel weicht

Die kommunistischen Zellen wirken nicht mehr so, wie es von „oben“ gemahnt wird. Es ist immer mehr zu beobachten, daß kom-munistische Kollegen sich an keinen Fraktionszwang mehr binden und in den Betrieben und den Gewerkschaften sich von gesunden Menschen-verstand leiten lassen. Damit aber ist es auch aus mit den „revo-lutionären Bewegungen“. Der historische Zustand der Zellenglieder geht, begreiflich, der Leitung auf die Kerne. Sie tun ihr möglichstes, dem Zellensörper neues Leben einzuhauchen.

Vor uns liegt ein Rundschreiben der KPD, das sie vor einiger Zeit an alle ihre Ortsgruppen und Bezirke gesandt hat. Eingangs wird darauf hingewiesen, daß sich die Lage des deutschen Proletariats in der letzten Zeit abermals bedeu- und verschlechtert habe und daß der neue Reichstag bedeutend mehr als der alte, die Arbeiterfrage durchzuführen werde als der alte. Auch auf wirtschaft-lichem Gebiet gehe der Angriff der Kapitalisten gegen die Arbeiter-schaft in verächtlicher Weise weiter. Sie, die Kommunisten, müssen versuchen, den passiven und revolutionären Charakter dieser Kämpfe umzugestalten in „wirklich revolutionäre“ Kämpfe. Voraussetzung sei gemein, daß eine Erweiterung der Kampffront auch auf die Teile der Arbeiter-schaft ausgedehnt hätte werden können, die von der „Ge-werkschaftsbürokratie“ mehrwöchentlich nicht in den Kampf geführt worden seien. Die Leitung der kommunistischen Partei habe sich alle Mühe gegeben, die Erweiterung der Kampffront durchzuführen, es sei aber völlig mißlungen. (Ein Zeugnis dafür, daß sich der geistig regsamste Teil der Arbeiter-schaft am ehesten aus der tödlichen Um-kammerung der KPD gelöst hat.)

Nachdem das Sachverständigenurteil gestreift, wird die Frage aufgeworfen, wieviel trotz der revolutionären Verhältnisse die Stim-mung der Arbeiter-schaft teilnahmslos sei? Sowohl, heißt es in dem kommunistischen Rundschreiben weiter, das Wahlergebnis wie die allgemeine Stimmung der Arbeiter-schaft sei, das könne man in Ge-werkschaften immer wieder feststellen, heute nicht weniger revolutionär. Deshalb diese sachliche und persönliche Reize nach außen nicht in Er-scheinung treten, daran trage Schuld die Schwäche und Ein-flußlosigkeit der kommunistischen Partei:

„Die Arbeiter-schaft sieht in uns nicht mehr die Partei, die sie zum Siege führen kann. Die Arbeiter-schaft glaubt nicht mehr an die kommunistische Partei als die Partei, die mit Aussicht auf Er-folg gegen die Reaktion und den Kapitalismus den Kampf auf-zunehmen kann. In diesem entscheidenden Zustand sind in erster Linie jedoch die besten Schichten unserer Revolutionäre in den Orts-gruppen und den Betrieben.“

Des weitern wird in dem kommunistischen Rundschreiben auf die „erbärmliche“, unkommunistische Haltung der Mitglieder, vor allem der Funktionäre hingewiesen. Es sei eine Schande, daß es nicht einmal gelungen sei, breitere Schichten für den Metallarbeiter-Langstreik mobil zu machen und daß die Werbemaße für die Be-triebsszellen und die Presse vollkommen nachlässig durchgeführt worden sei. Hierbei heißt es in dem Rundschreiben wörtlich:

„Es ist eine Schande, daß die Werbemaße der Betriebszentrale und der Presse vollkommen nachlässig durchgeführt wurde. Es ist eine Schande, daß es nur mit der äußersten Anstrengung gelangt, hier und da die organisatorische Unfähigkeit der Partei auf Be-triebsszellen in Angriff zu nehmen... Unter Einfluß, besonders in den Großbetrieben, ist außerst gering.“

Weiter haben wir in den letzten Monaten sehr viel Boden ver-loren in den Gewerkschaften. Durch unsere Schuld ist es der Sozialdemokratie gelungen, ihre Positionen zu festigen. Auch hier darf uns das Wahlergebnis nicht über die wirkliche Lage hinwegtäuschen. Tatsache ist, daß der Einfluß der Zentralgewerkschaft (gemeint sind die freien Gewerkschaften) auf die gesamte Arbeiter-schaft, auch auf die gewerkschaftlich nicht organisierte Ar-beiter-schaft, noch wie vor ungeheuer groß ist. Trotzdem die Dinge so liegen, haben wir sie in der leistungsfähigsten Weise vertrieben mit „revolutionärer Phrasen“, Positionen in den Gewerkschaften preisgegeben, haben wir der Reformisten gefaltet (!), sich zu isolieren.“

Wenn man dem kommunistischen Rundschreiben glauben darf, ist das Zerbrechen der Gewerkschaften in die KPD schwer er-schütternd. Gerade die Arbeiter, die in den Gewerkschaften und Be-triebsszellen in der kommunistischen Partei getan haben, sehen immer mehr ein, daß der bisher geführte Weg nur von Niederlage zu Niederlage geführt hat. Die Loslösung von Arbeitern, die infolge der kommunistischen Verwirrungen der Gewerkschaften aus diesen ausgetreten sind, sind kein Gewinn für die KPD gewesen. Der ganze Gewinn der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit sind große Massen Ausgetretener und gewerkschaftlich Gleichgültiger. Diese Tatsache findet in dem Rundschreiben ihre anspruchsvolle Be-kräftigung.

Die Roten entrinnen dem Kampf

Der jahrelang-nationalsozialistische Kampf öffnet sich immer mehr und verändert sich radikal. Viele von den Roten, die sich jahrelang in dem Kampf mühten, entwanden ihm nun, sei es, weil es ihnen darin zu schmerzhaft ist, sei es, weil er nicht mehr ge-nügend fruchtbar ist. Sie halten dafür, die Gründe ihres Entlassens sind und zu sein zu tun. Eine feigende Anzahl solcher Vekenn-nisse geht jetzt durch die Presse. Statt der vielen sei nur das wieder-gegeben, was der Mannheimer Volksfreund publiziert hat. Es lautet:

Manche, den 1. August 1924.

Ar die Arbeit der Unabhängigen nationalsozialistischen deutschen Arbeiterbewegung hier, Geschäftsstelle D 2, 2.

Mit dem heutigen Tage habe ich mich entschlossen, von der Leitung der Unabhängigen Nationalsozialistischen Partei Deutsch-lands mich zurückzuziehen und erwerbe ich bestimmt Ihre Zu-friedenheit. Meine Gründe wollen Sie mich entschuldigen.

Mein Entschluß zur hergeleiteten Bewegung ist der-mittelt. Sie soll jetzt an einer Sammelplatz dieser künftigen Arbeiter, Gewerkschaften, Demokraten und sozialer Kräfte dar, die nach dem Motto handeln: „Nicht für Deutschland, nur für mich!“ (Unter-schrift.)

Die wirkliche Bewegung ist nach diesen Umständen nur ein „Sammelplatz“ dieser künftigen Arbeiter, Gewerkschaften, Demokraten und sozialer Kräfte. Solche hergeleiteten Bewegungen werden zu-junehmendermaßen von der Silberlinge Patrioten deutscher Ge-burtsriellen. Das die, traktierten Patrioten allgemein, ihr Selbst-gut anzulegen gedauert, versteht sich. Dagegen haben die „künstlichen Arbeiter“ nicht die Aufgabe zu erfüllen vermocht, die ihnen von

den Schatzmachern und Reaktionen gestellt worden war. So hatten denn die „raffenden Hände“ die Moneten zurück. Und ohne Moneten haben die „Gepölkten, Demunzianten und dunklen Geistigen“ keine Lust, völkische Bewegung zu machen. Sie fleuchen auseinander, lugen nach besseren Futtermitteln. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie ihren Aus- und Zuhältern noch manchmal gastig aufspielen werden.

Eingegangene Schriften

Die Arbeit. Von der Zeitschrift des ADGB ist das zweite Heft erschienen. Professor Singheim schreibt darin über den Kampf um das neue Arbeitsrecht, Robert Schmidt über die Wirtschaftskrisis, Clemens Wörpel über den Betriebsrat, Siegfried Aufhäuser über das Zusammenwirken von Arbeitern und Angestellten, Albert Fallenberg über die neue Beamtenbewegung und Dr. Eppmann über Arbeits-wissenschaft. Dies ist indessen nur ein Teil der Aufsätze. Unsere Kollegen, die Betriebsratsmitglieder sind, seien auf den Aufsatz von Wörpel über den Betriebsrat noch besonders hingewiesen. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 3 M., für Mitglieder 2,40 M. Die Schrift kann durch die Post, den Buchhandel und die Orts-ausschüsse des ADGB bezogen werden.

Abolitionismus: Epochen und Zwischenfälle aus der Parliaments- und Ministerzeit. In dieser 80 Seiten starken, im Selbstverlag des Verfassers (Berlin D 17, Kopenstraße 6) erschienenen Schrift sind die lustigen und ersten Redefrühe gesammelt, die der alte Kämpfer mit den Lehrgnern ausgefochten hat. Die Schrift bringt wieder eine Zeit in lebhaftiger Erinnerung, wo das anmaßende Junterium allein herrschte und mit ihm die selbstverständlichen Dinge gerungen werden mußten. Wie sich diese Kämpfe zuweilen gestaltete, bezeugen die von Hoffmann geschriebenen Zitiere alle.

Die Dualitätsarbeit. Ein Handbuch für Kaufleute, Industrielle, Gewerbetreibende. Von Günther Frhr. v. Rechmann. Frankfurt a. M. Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. Gangneben 6 M. — Zu keiner Zeit ist der Ruf nach Dualitätsarbeit mit solcher Eindringlichkeit erhoben worden wie in der Gegenwart. Die geforderten Dualitätsleistungen sind aber nur ausführbar, wenn sich der Wille zu ihnen mit klaren Vorstellungen über den Weg ver-trümpft, auf dem sie erreicht werden können. Diese Klarheit vermittelt das vorliegende Buch.

Was hat der Betriebsrat zu tun? Herausgegeben von der Frei-gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale der Berliner Gewerkschafts-kommission und des Ortsrats des Berlin des Afa-Bundes. — Die Broschüre will keinen Erfolg eines ausführlichen Kommentars dar-stellen. Sie ist herausgegeben worden, um den in der Praxis der Betriebsräteberatung der Betriebsräte gemachten Erfahrungen infor-mieren zu tragen, als sie, im Sinne von Erläuterungen für „erste Hilfe“, den Betriebsräten Ratsschlüsse gibt für die Behandlung der hauptsächlichsten Fragen, die sich sowohl aus dem Wahl-, wie auch aus dem Einspruchsverfahren ergeben. Die Schrift dürfte weniger für die Betriebsräte großer Werke, als vielmehr für diejenigen von Klein- und Mittelbetrieben von Bedeutung sein.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphenadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 7. Sept. ist der 37. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. September 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Wegsumme der Erhebung
	I	II	III	IV	
München	10	10	10	—	40. Woche
Waldshut	10	10	10	—	

Die Richtbeziehung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Burg bei Magdeburg: Der Former Wilhelm Theisen, geb. am 3. August 1870 zu Roggenburg, Mitgliedsbuch Nr. 1.887 146, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Stuttgart: Der Maschinenbauer Adam Krebs, geb. am 10. Juni 1880 zu Kronberg, Mitgliedsbuch Nr. 4.766 607, wegen Darlehens-schwindel.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hanau a. M.: Der Diamantarbeiter (Schlosser) Johann Schreiber, geb. am 4. Juni 1901 zu Rüdigen, Mitgliedsbuch Nr. 3.525 512, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Tübingen: Der Schlosser August Schlee, geb. am 9. August 1885 zu Gräfenroda, Mitgliedsbuch Nr. 1.945 834, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Lauterbach: Der Metallarbeiter Franz Habelodt, geb. am 10. Januar 1888 zu Hoyerwerda, Mitgliedsbuch Nr. 5.366 108, wegen Unter-schlagung.

Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten:

- von Elektromotoren nach Hamburg;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Rosenheim (H. L. Stumbeck & Co.) D.; nach Schönachbach bei Triberg (Kaiser & Berneth) D.;
- von Hammerhämern nach Gummerbach (Gebrüder Höfer, Kaiser) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Aue (Firma Erzgeb. Schmittwerkzeug- und Maschinenfabrik Schwarzberg) D.; nach Bayreuth (Wiesnerl Hensel, Messerfabrik Seybold in Bayern) A.; nach U. m. a. D. (E. D. Magirus, A. G.) D.

E = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; Et. = Streit; R = Regelung; Mi. = Mißstände; A = Aussperrung. Arbeitshandende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der be-treffende Ort nicht in der Zeitung verzeichnet ist, Grundung bei der zuständigen Ortsverwaltung, oder, was eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzugehen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zeitweilig angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Orts-verwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Verbandsanzeigen

Eisen-Kauf. Verwaltungsstelle sucht zum 1. Oktober einen Kassierer. Bericht mit Kollege, der mit Kassen- und Verwaltungsgeschäften vertraut, rednerisch befähigt ist und eine fünfjährige Beitrags-leistung im Verband aufzuweisen hat. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit bisheriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter und Familien-verhältnisse bis spätestens 10. September mit der Aufschrift „Be-werbung“ an Wilhelm Rißkat, Eisen-Kauf, Rheinische Straße 1, Duas und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rießkatstraße 16.